



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

40. Sitzung (öffentlich)

12. Juni 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

1 Sachstandsbericht über die im Auftrag der Landesregierung durchgeführte Untersuchung über die Verwendung von Studiengebühren in NRW

8

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/1856

In Verbindung mit:

Transparenz bei Studiengebühren herstellen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3840

Sowie:**Studiengebühren nicht nur aussetzen, sondern abschaffen**

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3911

In Verbindung mit:**Weniger war nie. Studiengebühren abschaffen – Hochschulpakt umsetzen – Verantwortung übernehmen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4248

Ausschussprotokoll 14/617

Der Antrag der Fraktion der SPD „Transparenz bei den Studiengebühren herstellen“ Drucksache 14/3840 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen „Studiengebühren nicht nur aussetzen, sondern abschaffen“ Drucksache 14/3911 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von Bündnis 90/Die Grünen und SPD abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der SPD „Weniger war nie. Studiengebühren abschaffen – Hochschulpakt umsetzen – Verantwortung übernehmen“ Drucksache 14/4248 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

**2 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die
Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften 15**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6152

Ausschussprotokoll 14/644

Der Gesetzentwurf der Fraktion von CDU und FDP
Drucksache 14/6152 wird unter Berücksichtigung der vom
Vorsitzenden erwähnten redaktionellen Änderung mit den
Stimmen aller vier Fraktionen einstimmig beschlossen.

**3 Innovation für Klimaschutz und Arbeitsplätze fördern -
Architekturausbildung reformieren 17**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6001

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/1865

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache
14/6001 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen
das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

**4 Errichtung eines Internationalen Zentrums für Philosophie in
Nordrhein-Westfalen 19**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6151

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/1859

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache
14/6151 wird mit den Stimmen aller Fraktionen
angenommen.

5 Wer Exzellenz will, muss auch die Lehre fördern 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6158

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/6158 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

6 Bauliche Zustände an den Hochschulen in NRW 25

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 14/1866

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag seines Vorsitzenden und der Grünen-Fraktion einverstanden, den Bericht der Landesregierung in der heutigen Sitzung zur Kenntnis und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt erneut auf die Tagesordnung einer Sitzung zu nehmen.

7 Situation der behinderten Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen in NRW 26

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 14/1860

Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf. Bei Bedarf seitens der Fraktionen wird das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

8 Ergebnisse der GWK-Sitzung zum Hochschulpakt II 27

Bericht
der Landesregierung
Vorlagen 14/1857 und 14/ 1858

Aus dem Ausschuss ergibt sich aktuell kein weiterer Diskussionsbedarf zum Thema des Tagesordnungspunktes. Das Thema soll bei Bedarf erneut aufgerufen werden.

9 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur/Ingenieurin“ (Ingenieurgesetz - IngG) 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6246

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/6246 wird unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen einstimmig angenommen.

10 Fachkräftemangel bei Ingenieurinnen und Ingenieuren und Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler gemeinsam mit den Hochschulen und Betrieben vor Ort bekämpfen 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6681

Der Ausschuss sieht auf einen entsprechenden Hinweis von Karl Schultheis (SPD) vor dem Hintergrund, dass der Antrag der SPD-Fraktion in die Anhörung einbezogen wird, keinen Bedarf, in der heutigen Sitzung in die Diskussion einzusteigen.

11 Beschlussfassung zur Durchführung einer Reise des Ausschusses 31

Der Ausschuss fasst nach entsprechenden Hinweisen seines Ausschussvorsitzenden und ohne weitere Aussprache einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie wird im Zeitraum 17. bis 19./20 November 2008 in Ausschussstärke und in Begleitung durch den Vorsitzenden eine Reise in die Schweiz durchführen.

Die Schwerpunktthemen bilden hierbei die Forschungsförderung und das Hochschulsystem. Neben Gesprächen mit Regierungsvertretern und Regierungsvertreterinnen soll ein Treffen mit Vertretern und Vertreterinnen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen geplant werden. Die Termine werden im Raum Bern/Zürich organisiert.

12 Beschlussfassung über einen Sitzungsplan des Ausschusses in 200932

Der Ausschuss erzielt Einvernehmen über den als **Anlage** zu diesem Ausschussprotokoll beigefügten Sitzungsplan des Ausschusses für das Jahr 2009.

* * *

9 **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur/Ingenieurin“ (Ingenieurgesetz - IngG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6246

Ausschussvorsitzender Ewald Groth erinnert an die Verständigung aus der letzten Sitzung, den Gesetzentwurf heute erneut auf die Tagesordnung zu nehmen. Gegebenenfalls könne – sofern die Abstimmung in den Fraktionen dies zulasse – heute abgestimmt werden. Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des hiesigen Ausschusses werde sich das Plenum mit dem Thema erneut beschäftigen. – Der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie habe den Gesetzentwurf am 9. April 2008 ohne Votum an den AIWFT zurückgegeben.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) kommt auf einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen – wortgleich übernommen von der Ingenieurkammer-Bau – zu sprechen. In § 1 solle folgender Absatz 2 angefügt werden:

(2) Bezeichnungen, die auf wirtschaftlich tätige Zusammenschlüsse von Ingenieuren hinweisen, dürfen in der Verbindung mit der Berufsbezeichnung nach Abs. 1 oder ähnlichen Bezeichnungen nur geführt werden, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des Vorstands, der Geschäftsführer oder die Personen, die mindestens über die Hälfte der Stimmrechte verfügen, zur Führung der Berufsbezeichnung nach § 1 Abs. 1 oder nach § 2 berechtigt sind.

Bedingt dadurch sei in der Folge eine redaktionelle Folgeänderung in § 1 Abs. 1. Dort müsse es heißen: „In § 1 Abs. 1 Nr. 1 a ...“. - Weitere Vorschläge der Ingenieurkammer-Bau wolle man nicht aufnehmen.

Karl Schultheis (SPD) hält es aus Sicht seiner Fraktion für nicht ausreichend, lediglich von einer *deutschen* Hochschule zu sprechen, die den in Rede stehenden Berufsabschluss vermittele. „Hochschule“ sei kein rechtlich geschützter Begriff und „deutsch“ allein reiche nicht aus, um den Terminus „Wissenschaftliche Hochschule“ oder „Anerkannte nichtstaatliche Hochschule“ zu ersetzen. – Wie beurteile die Landesregierung die von der Ingenieurkammer-Bau formulierten Wünsche?

Missverständnisse im Zusammenhang mit „deutsche Hochschule“ befürchte er aus Sicht der Landesregierung nicht, äußert **Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT)**. In der Rechtspraxis/Rechtsprechung habe sich der materielle Begriff der „Hochschule“ herausgebildet. Darunter falle wohl nicht jede Einrichtung, die sich „Hochschule“ nenne. Bei privaten Hochschulen gehe es um die jeweils staatlich anerkannten Hochschulen.

Es sei durchaus sinnvoll, den vom Abgeordneten Dr. Brinkmeier zitierten Vorschlag zu übernehmen.

(Heike Gebhard [SPD]: Warum?)

– Es werde ein Standard gesetzt, wann sich ein Büro eine entsprechende Bezeichnung geben dürfe. Ein sinnvoller Schritt zur Qualitätssicherung und dem Schutz der Öffentlichkeit vor möglicherweise verwirrenden Bezeichnungen werde geleistet.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) wird vor dem Hintergrund der bisherigen Erläuterungen für ihre Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen. Die Zweifel um den Begriff „Hochschule“ sehe sie ausgeräumt.

Karl Schultheis (SPD) vertritt nach wie vor bezüglich dieses Aspekts einen anderen Standpunkt, möchte aber das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion davon nicht abhängig machen. Er gehe gegebenenfalls von der Korrekturbereitschaft der Beteiligten aus. – Den Änderungsvorschlag, den der Abgeordnete Dr. Brinkmeier formuliert habe, halte man für sinnvoll. – Er bitte um zusätzliche Erläuterung, weshalb zukünftig die Zuständigkeit bei den Regierungspräsidenten liege, nicht aber bei den Kammern. Immerhin wolle die Landesregierung doch die Regierungspräsidien sogar abschaffen.

Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT) macht darauf aufmerksam, dass 80 % der infrage kommenden Ingenieure nicht in Kammern organisiert seien. Deshalb erscheine die Übertragung an die Regierungspräsidenten bzw. deren Nachfolgeorganisationsform sinnvoll. – Werde man, fragt **Karl Schultheis (SPD)**, insofern das Kriterium „Organisationsform“ auch in anderen Bereichen anwenden dürfen? – Das komme auf den Bereich an, antwortet **Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT)**.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/6246 wird unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen einstimmig angenommen.

Auf einen entsprechenden Hinweis seines **Ausschussvorsitzenden** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, aufgrund zeitlicher Engpässe in der heutigen Sitzung folgende Themen nicht mehr zu beraten:

- Nie wieder Winter - Hochschulen in NRW synchronisieren sich mit dem Rest Europas
- Patentanmeldung - Patentverwertung - Patentmanagement: Strukturen gezielt weiterentwickeln und so den Innovationsstandort NRW stärken
- Erfolg gehört belohnt und nicht bestraft - Institute der Titelgruppe 73 in ihrer Eigenständigkeit erhalten